

El Salvador bietet US-Kriminellen und Deportierten Schutz an

El Salvador hat einem beispiellosen Deal zugestimmt, um gewalttätige US-Strafgefangene und abgeschobene Kriminelle aus aller Welt aufzunehmen. Kritiker warnen vor den möglichen Menschenrechtsverletzungen.

El Salvador hat sich bereit erklärt, gewalttätige US-Strafgefangene aufzunehmen und Ausgewiesene jeglicher Nationalität zu empfangen. Dieses beispiellose Abkommen mit der Trump-Administration hat Kritiker und Menschenrechtsgruppen alarmiert.

Details des Abkommens

US-Außenminister Marco Rubio gab das Abkommen am Montag nach einem Treffen mit dem salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele bekannt. Dieser Besuch ist Teil einer Reise durch mehrere zentralamerikanische Länder, um die Migrationsagenda des Weißen Hauses voranzutreiben.

Rubio beschrieb die Vereinbarung als „Akt außergewöhnlicher Freundschaft“ und bemerkte, dass El Salvador das „außergewöhnlichste migratorische Abkommen weltweit“ zugesichert habe. Erläutert wurde, dass das Land weiterhin salvadorianische Ausgewiesene akzeptieren wird, die illegal in die USA eingereist sind. Darüber hinaus wird es jegliche illegalen Einwanderer, die kriminelle Aktivitäten aufweisen, unabhängig von ihrer Nationalität in seinen Gefängnissen unterbringen, namentlich MS-13 oder Tren de Aragua, zwei berüchtigte transnationale Banden.

Die Rolle von Bukele

Präsident Bukele bestätigte das Abkommen auf X und sagte: „Wir sind bereit, nur verurteilte Verbrecher (einschließlich verurteilter US-Bürger) in unserem Mega-Gefängnis (CECOT) gegen eine Gebühr aufzunehmen.“ Er fügte hinzu: „Die Gebühr wäre für die USA relativ niedrig, aber bedeutend für uns, was unser gesamtes Gefängnisssystem nachhaltig machen würde.“

Kritik an der Vereinbarung

Vor der Bekanntgabe hatten Kritiker gewarnt, dass ein solches Vorhaben Teil eines demokratischen Rückschritts sein könnte. „Die USA schlagen im Grunde vor, Personen in ein Land zu schicken, das nicht ihr Herkunftsland ist und durch das sie nicht notwendigerweise gereist sind,“ erklärte Mneesha Gellman, eine Expertin für internationale Politik und Professorin am Emerson College. „Es ist ein bizarrer und beispielloser Vorschlag zwischen zwei autoritären, populistischen, rechtsgerichteten Führern, die eine transaktionale Beziehung suchen.“ Gellman bemerkte ferner, dass diese Maßnahmen nicht auf einer rechtlichen Grundlage basieren und voraussichtlich gegen zahlreiche internationale Gesetze verstoßen, die die Rechte von Migranten betreffen.

Inhaftierungsrate und Menschenrechtsfragen

Einer der auffälligsten Aspekte des Abkommens ist, dass das salvadorianische Recht keine Unterscheidung zwischen mutmaßlichen Bandenmitgliedern und verurteilten Verbrechern trifft. Unter dem drastischen Ausnahmezustand, der seit 2022 über dem zentralamerikanischen Land verhängt wurde, können die Behörden Personen allein aufgrund des Verdachts, Mitglieder einer Bande zu sein, festnehmen.

Bukele hat eine **hohe Inhaftierungsrate** als Rezept für

Sicherheit angepriesen – El Salvador weist nun die höchste Inhaftierungsrate weltweit auf. Menschenrechtsorganisationen wie **Amnesty International** glauben jedoch, dass viele der über 80.000 Menschen, die im Rahmen des Ausnahmezustands inhaftiert sind, unschuldig sind.

Diese Geschichte entwickelt sich weiter.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)